



ZU GAST BEI DEN BNN: Verleger und Chefredakteur Klaus Michael Baur im Gespräch mit Bettina Limperg, Präsidentin des Bundesgerichtshofs, der Verfassungsrichterin Susanne Baer und dem Architekten Wolfgang Grether, die als Mitglieder des Initiativkreises die Planungen für ein Forum Recht vorantreiben. Foto: Sandbilder

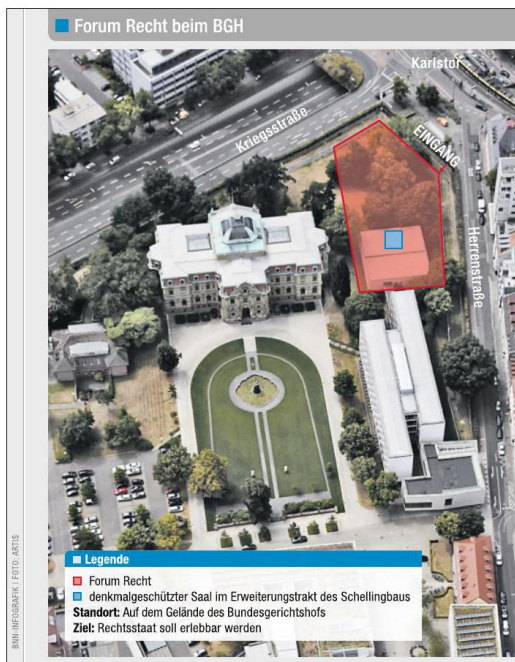
Der Rechtsstaat als Erlebnisort

In Karlsruhe reifen die Pläne für ein Forum Recht auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs

Von unserem Redaktionsmitglied Tobias Roth

Worte erzeugen Bilder im Kopf. Seifenblase zum Beispiel. Klingt luftig und zart. Oder Rechtsstaat. „Klingt zunächst einmal nach Bürokratie, viel grau und dicken Akten“, sagt Susanne Baer. Und genau das ist das Problem. Die Richterin des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts würde den Rechtsstaat gerne aufrechten, bunt und modern. Ein Rechtsstaat zum Anfassen. Und genau dafür soll es in Karlsruhe einen Platz geben. Eine Art Haus der Geschichte des Rechtsstaats, Museum und Erlebniswelt, Begegnungsstätte und Informationszentrum. Baer ist Mitglied des Initiativkreises, der in Karlsruhe die Planungen für dieses Forum Recht vorantreibt, das auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs (BGH) entstehen soll. Zu dem Kreis gehört auch BGH-Präsidentin Bettina Limperg, die gemeinsam mit Baer und dem Architekten Wolfgang Grether bei einem Besuch bei den Badischen Neuesten Nachrichten Verleger Klaus Michael Baur die Pläne vorstellte. „Wir brennen für das Projekt“, betont Limperg.

Seine Wurzeln hat diese Idee in der Bewerbung Karlsruhes als Kulturhauptstadt Europas. „Mit Recht. Karlsruhe“, lautete damals der Slogan für die Kampagne, die vor allem auf den Markenkern der Stadt abzielte: Karlsruhe als Residenz des Rechts. Das ist schon über zehn Jahre her, aus der Bewerbung ist bekanntlich nichts geworden. Die Idee allerdings, in der Stadt des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs einen Ort zu schaffen, an dem der Rechtsstaat für den Bürger erfahrbar wird, lebte weiter. Zunächst in privaten Kreisen, bei Gesprächen am Küchentisch. Daraus entwickelte sich dann der Initiativkreis mit inzwischen mehr als einem Dutzend Mitstreitern aus Politik, Justiz und Gesellschaft. Dieser Kreis ist die treibende Kraft für dieses Großprojekt, für das der Haushaltsausschuss des Bundestages 200000 Euro bewilligte, um eine Analyse zu finanzieren, die Möglichkeiten ausloten soll, wie ein Forum Recht in Karlsruhe zu realisieren wäre. „Der nächste Schritt ist es nun, die Machbarkeitsstudien in Auftrag zu geben. Dann werden



wir im frühen Herbst Ergebnisse haben, die wir kommunizieren können“, steckt Limperg die Agenda der nächsten Monate ab. „Eine Eröffnung in vier bis fünf Jahren wäre sicherlich ambitioniert, angesichts des großen Engagements aller Beteiligten aber auch möglich“, ist sie überzeugt. Entscheidend für dieses Projekt dürfe es nun sein, die Idee in politische Entscheidungsprozesse in Berlin einzuspeisen. Ein Forum Recht lässt sich nur unter dem Dach des Bundes reali-

sieren. Einerseits weil das Thema bundesweite Bedeutung hat, andererseits weil es dabei sicherlich um ein Investitionsvolumen im mittleren zweistelligen Millionenbetrag geht. „Wir wollen eine breite Akzeptanz bei allen politischen Kräften für dieses Projekt schaffen“, unterstreicht Limperg. Im September steht die Bundestagswahl an. Denkbar wäre beispielsweise, dass das Vorhaben als Absichtserklärung in einem Koalitionsvertrag Niederschlag findet. Mit

Limperg und Baer hat das Forum Recht zwei prominente Fürsprecher der beiden höchsten deutschen Gerichte. Und beide betonen die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung. „Ein funktionierender Rechtsstaat ist für viele in Deutschland selbstverständlich geworden, der Blick in andere Länder, in die Türkei oder nach Polen, zeigt aber, dass es durchaus eine Errungenschaft ist, die in Gefahr geraten kann“, sagt Verfassungsrichterin Baer. „Es gibt keinen besseren Zeitpunkt als gerade jetzt, auf die Bedeutung des Rechtsstaats für unsere Gemeinwesen und die europäische Verantwortung hinzuweisen und dafür einzutreten“, formuliert es Limperg.

Wie ein solches Forum Recht aussehen könnte und was es bietet, darum wird es in den nächsten Monaten gehen. Architekt Wolfgang Grether hat durchaus Vorstellungen, was man mit dem Platz auf dem BGH-Gelände im Dreieck zwischen Kriegsstraße, Karlstor und Herrenstraße machen könnte. „Es ist jetzt aber noch nicht die Zeit, um über Bauhöhen und Fassaden zu diskutieren“, sagt er. Schließlich soll es auch darum in den Machbarkeitsstudien gehen.

Als Vorbild dient das Haus der Geschichte

Integriert werden soll auf jeden Fall der alte Verhandlungssaal im Erweiterungstrakt des Schellingbaus, des BGH-Westflügels. Innerhalb des Forums könnte er als zeitgeschichtlicher Ort der Rechtsgeschichte wiederbelebt werden. Denkbar sind beispielsweise von Schülern nachgespielte Verhandlungen. Und es gibt schon zahlreiche weitere Ideen, was die Inhalte und die Konzeption betrifft. Baer denkt an Justizthriller wie „Zeugin der Anklage“, die auf Bildschirmen im Foyer laufen. Limperg sagt: „Mit Sechsklasslern lässt sich wunderbar der Taschengeldparagraf durchspielen.“ Aber natürlich soll es vor allem auch ein bundesrepublikanische Geschichte gehen, um den Kampf gegen die RAF, um bedeutende Urteile und darum, wie Recht und Gesetz in diesem Staat ihre Wirkung entfalten. Das Forum könne dafür sorgen, dass das nicht nur Experten verstehen. Dabei will man auch mit anderen bedeutenden Karlsruher Einrichtungen zusammenarbeiten, wie etwa dem ZKM oder dem Staatstheater. Aber es soll auch ein Platz der Debatten werden. „Der Rechtsstaat ist ein hohes Gut. Aber seien wir ehrlich: Da ist nicht alles sanfte Harmonie“, sagt Baer. Über viele Fragen müsse immer wieder diskutiert werden. Der Fall Böhmernmann beispielsweise und die Frage, wie weit reicht die Meinungsfreiheit? „Da muss auch gestritten werden – und das Forum wäre ein Ort, um in solchen Diskussionen zu verstehen, wie wertvoll der Rechtsstaat für uns alle ist.“ Wichtig ist Limperg und Baer, dass es kein klassisches Museum werden soll. „Es ist ein Forum für jedermann, für Juristen genauso wie für Schüler und Schülerinnen der Youtube-Generation“, sagt Baer. Als Vorbild dient das Haus der Geschichte in Bonn, das etwa 850000 Besucher pro Jahr zählt. Mit dem Präsidenten Hans-Walter Hüter ist der Initiativkreis in engem Kontakt. „Wir sind dort auf sehr viel Zustimmung gestoßen“, erzählt Baer. Auch aus Bonn habe man die deutlichen Signale, dass es eine große Chance gibt, ein Haus der Geschichte des Rechtsstaats in Karlsruhe zu errichten.

Gruseln und lernen

Das „National Justice Museum“ in Nottingham

Es ist ein historischer Ort, der Geschichten erzählt, die schauern lassen. Wo man heute im britischen Nottingham das Nationalmuseum der Justiz findet, stand im 14. Jahrhundert ein Gericht. Auf den Stufen zum Eingang wurden einst zum Tode Verurteilte öffentlich hingerichtet. Im Laufe der Jahrhunderte sind tausende Menschen „mit einem Gefühl der Angst“ in dieses Gebäude gekommen, heißt es auf der Webseite des Museums, das einen Einblick vermitteln will in „Gesetz, Verbrechen und Gerechtigkeit“. Zu sehen gibt es beispielsweise einen Galgenbaum aus dem düsteren Mittelalter. Oder auch die Zellentür von Oscar Wilde. Das „National Justice Museum“ in Nottingham, Partnerstad von Karlsruhe, versteht sich allerdings

keineswegs als reines Gruselkabinett, sondern verfolgt einen Bildungsauftrag. Es geht um ein „praktisches Verständnis des Gesetzes und des Justizsystems“. Thematisiert werden Gesetzgebungsverfahren, Rechte und Pflichten von Staatsbürgern oder Verbrechen und Strafe. Viele Angebote richten sich an Schülergruppen.

Als Vorbild für das in Karlsruhe geplante Forum Recht dient es aber nur bedingt. „Wir werden uns sicher mit Folter und unmenschlicher Behandlung auseinandersetzen müssen, wenn wir über den Rechtsstaat und seine Bedingungen nachdenken“, sagt BGH-Präsidentin Bettina Limperg. „Aber wir werden das nicht im Schwerpunkt der Zurschaustellung oder gar zur schaurigen Belustigung tun.“ tob



SCHAURIGE GESCHICHTE: Der Galgenbaum im Museum in Nottingham. Foto: pr